

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher N 3538. ...
Redaktions-schluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Pefit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 15

Cöln, den 18. Juli 1914.

II. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Das „Zentralblatt“ veröffentlicht in Nr. 14 den Jahresbericht pro 1913. Darin werden zunächst in vorzüglicher knapper Form die grundsätzliche Stellung der christlichen Gewerkschaften und die Kämpfe, welche darum im vorigen Jahre auszufechten waren, behandelt, sowie interessante Darstellungen aus der sozialdemokratischen Bewegung gegeben. Sodann wird über die Mitgliederentwicklung, die Klassenverhältnisse, und die Lohnbewegungen und ihre Erfolge eingehend berichtet. Wir bringen den Bericht in dieser und den folgenden Nr. unseres Organs zum Abdruck und empfehlen ihn als unseren Mitgliedern zum eifrigen Studium.

I.

Als organisatorische Gebilde, die im Wirtschaftsleben ihren Ausgangspunkt und in der Beeinflussung desselben zugunsten der Arbeiterschaft ihr nächstes Ziel sehen, hängen die christlichen Gewerkschaften naturgemäß mit der jeweiligen Lage des Wirtschaftsmarktes in ihrer Tätigkeit aufs innigste zusammen. Ist die wirtschaftliche Konjunktur günstig, dann ist damit die wichtigste Grundlage für den gewerkschaftlichen Erfolg gegeben. Umgekehrt, bei gedrückter Wirtschaftslage, zeigt sich das Gewerkschaftsleben gelähmt und behindert. Das Jahr 1913 beweist nun allerdings, daß diese Uebereinstimmung keine mechanische ist. Auf dem Weltmarkt hat Deutschland, nach den Ergebnissen des Außenhandels zu urteilen, sehr günstig abgeschnitten. Die gebräuchlichsten Gradmesser des Konjunkturganges, Bergbau und Roheisenproduktion, haben sich gut gehalten; letztere weist in der Leistung Rekordziffern auf, während die Preise etwas nachgegeben haben. Zimmerhin ist das Bild im allgemeinen recht günstig. Der gewerkschaftlichen Werbearbeit dagegen fehlte es am großen Zug, und die Ziffern der Mitgliederbestände am Jahresende zeugen durchweg überall von einem Rückgang. Das hängt mit der Lage des Arbeitsmarktes für die einheimischen männlichen Arbeitskräfte zusammen. Dieser hat Verschiebungen von größter Tragweite erfahren. Die große und schwere Industrie deckt rückwärtslos ihren Arbeiterbedarf mehr und mehr durch ausländische Arbeitskräfte; andere Industrien aber, so die Textilindustrie und das Tabakgewerbe, schreiten in steigendem Maße zum Ersatz des männlichen durch das weibliche Arbeiterelement. Die Calwerische Arbeitsmarkt-Korrespondenz kommt auf Grund der vorstehend gekennzeichneten Tendenzen zu dem Schlusse, daß an eine wirkliche Erholung des Arbeitsmarktes im Ganzen in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu denken sei, denn: „die Gesundung des deutschen Arbeitsmarktes ist weniger von einer Aufwärtsbewegung des Beschäftigungsgrades als vielmehr von einer Eindämmung des Zuzugs ausländischer

Arbeiter und von einem Aufhalten der Konkurrenz der Frauenarbeit zu erwarten.“ Nimmt man zu diesen Einwirkungen auf die Arbeitsverhältnisse die überaus schlechte Lage des Baugewerbes mit einer lange nicht mehr in diesem Grade gefannten Arbeitslosigkeit, dann ist zweierlei im großen und ganzen erklärt: der Stillstand oder Rückgang der meisten Gewerkschaftsverbände aller Richtungen und die starke Anspannung des Unterstützungswesens. Wie dann das Bild der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften nach der Seite einzelner Verbände noch besonders beeinflusst wurde, ist in dem Kapitel „Mitgliederverhältnisse“ des näheren dargelegt.

Im sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftslager spielen sich im Hinblick auf die in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten gewerkschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre sehr eigenartige Vorgänge ab. Manche Kreise sehen in den verschiedenartigen Erschwerungen der Erzielung gewerkschaftlicher Erfolge in einzelnen Industrien erneut die Berechtigung der Verelendungstheorie ihrem Wesen nach, ohne dabei anscheinend zu bemerken, welcher Schlag damit den Gewerkschaftsbestrebungen überhaupt verfehlt wird. In Wirklichkeit ist die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode in Deutschland, auf die sie dabei besonders hinweisen, nicht in letzter Linie auf die verkehrte Gesamtstellung der politischen Sozialdemokratie zum Saatsganzen zurückzuführen. Die ganze bemußte Isolierung der Sozialdemokratie in Fragen staatl. Lebensnotwendigkeiten ist ja vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus, ein einziger großer Widerspruch. In anderen Kreisen der Sozialdemokratie scheint diese Erkenntnis allmählich selbst aufzudämmern. Zum Schluß pfeifen ja auch die Massen selbst auf den bloß agitatorischen Erfolg und fragen nach dem, was bei der Stellungnahme der Organisationen zu den Lebensfragen der Arbeiterschaft praktisch herauskommt. Und da kommen denn ruhig überlegende Führer zu dem Schlusse, daß man bisher einen Weg eingeschlagen hat, der eher vom Ziele ab-, als diesem zuführt. Kommt es denn so von ungefähr, daß die Arbeiterbewegung nach jahrzehntelanger Arbeit auf einmal in mancher Beziehung wieder sozusagen am Anfang steht und um ihre Grundrechte kämpfen muß? Oder sollte es nicht mit darauf zurückzuführen sein, daß, wie der Beamte Sassenbach von der Generalkommission der freien Gewerkschaften in deren Hauptorgan (Nr. 24) unter dem Eindruck einer Reise nach England schrieb, in Deutschland „ein breiter Abgrund, fast ohne Ueberbrückung, Bürgertum und Arbeiterschaft von einander trennt?“ Sassenbach selbst sträubt sich zwar gegen diese Schlußfolgerung, muß aber zugeben: „Auf dem Kontinente sind die Arbeiter,

soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, politisch von den anderen Bevölkerungsklassen geteilt, in England sind sie mit ihnen in derselben politischen Partei!" Was ist die Wirkung gewesen? „Selbstverständlich gibt es auch in England Scharfmacher, aber diese Kleinliche, Krämerhafte Abneigung gegen die Arbeiterbewegung findet man denn doch nicht. Nicht nur auf Seiten der Arbeiterschaft, sondern auch auf Seiten des Bürgertums gibt es mehr Toleranz als bei uns.“

Durch ihre praktische Mitarbeit mit dem Bürgertum hielt sich die englische Arbeiterschaft jedoch nicht bloß die Scharfmacherei fern, sondern sie erzielte auch jene neueren sozialpolitischen Erfolge, die von einer unverkennbar großzügigen Initiative Zeugnis ablegen. Auch hier geben sozialistische Führer die inneren Zusammenhänge, die wir hundertemale dargelegt, jetzt ohne Umschweife zu. So Robert Schmidt auf dem eben beendeten Münchener sozialistischen Gewerkschaftskongress: „Diese sozialpolitischen Erfolge hat die liberale Aera in England mit Unterstützung der englischen Arbeiterpartei zu erreichen vermocht, deren Taktik meines Erachtens nicht klüger und pflichtentsprechender sein konnte. Welch ein Gegensatz zeigt sich doch, was den sozialpolitischen Fortschritt anlangt, gegenüber Deutschland, wo ein Stillstand zu beklagen ist, obwohl wir hier im Reichstag in solcher Stärke vertreten sind.“ Die gleiche Auffassung wird in der gelegentlich des Münchener Gewerkschaftskongresses herausgegebenen Gewerkschaftsnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ in den verschiedensten Variationen unterstrichen. Max Schippel sagt geradezu, die sozialdemokratische Arbeiterschaft bezahle ihr bisheriges ablehnendes Verhalten zu den bürgerlichen Parteien „nicht bloß mit unserer vielbeklagten *volkommenen politischen Ohnmacht*, sondern außerdem auf rein wirtschaftlich-organisatorischem Selbsthilfegebiet mit *anderwärts unbekanntem Uebergreifen von oben her*, zu deren Abwehr uns stets der nötige eigene politische Einfluß und die ebenso unentbehrliche Fühlungnahme mit anderen politischen Kreisen fehlt.“ Und der Abgeordnete Heine: „Eine Partei . . . die den dritten Teil der Wähler hinter sich hat, darf nicht bloß eine Politik der Wünsche, der Demonstrationen, der Proteste treiben, sondern muß praktische Erfolge aufweisen können. . . Wir müssen über die (se) Politik der Isolierung hinaus, jetzt, wo das Koalitionsrecht auf dem Spiel steht.“

Das alles sind Eingeständnisse des Bankrotts, des elenden Fiaskos der bisherigen Politik, der die sozialistischen Gewerkschaften ihre Unterstützung geliehen haben. „Hat der bisherige Weg nicht weiter geführt, so muß eben ein anderer gesucht werden“, ruft Heine aus. Und man sucht ihn, indem eine planmäßige Zusammenarbeit mit anderen Parteien empfohlen wird. Man sucht ihn ferner durch Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerliche Sozialreform. Es fehlt nicht viel daran, so betet man an, was man früher verlästert, verhöhnt und verbrannt hat. Die Gesellschaft für Soziale Reform, deren Unterstützung man früher in der Hauptsache der christlichen Arbeiterbewegung überließ, wird jetzt auf einmal in geradezu auffälliger Weise von den verschiedensten sozialistischen Gewerkschaften umworben und in widerlicher Art angehimelt. Man muß sich, um das recht zu erfassen, die grenzenlose Verachtung vor Augen halten, mit der nicht nur Karl Marx, sondern nach ihm Kautsky und so viele andere diese Richtung der bürgerlichen Sozialreform heruntergerissen, wie sie einen Brentano usw. mit schmutzigen Verdächtigungen überladen haben, vor denen die Tille'schen Angriffe völlig verblaffen.

Aber in dieser versuchten Wendung liegt nicht nur das Eingeständnis des eigenen Bankrotts, sondern auch eine umfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften. In der Stunde der Not gesteht man ein: Nicht die Massen allein tun es, sondern es kommt auch auf die grundsätzliche Wegesrichtung an. Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Verrat an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu vereteln gesucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue Weg, um der Arbeiterschaft zu praktischen, positiven Erfolgen zu verhelfen! Eine solche, aus der unmittelbarsten Erfahrung geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weiter zu festigen. Schon früher wiesen wir darauf hin, daß diese Tatsache sehr viel wichtiger sei als vorübergehende größere agitatorische Erfolge, womit sich die Sozialdemokratie stets brüstet.

Freilich ist zwischen dem Eingeständnis des Irrtums und der Umkehr in der Praxis gerade innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft ein unendlich weiter Weg. Was ein halbes Jahrhundert lang mit allen Kräften blinden, fanatischen Glaubens und Vertrauens von den Massen erhofft und ersehnt worden ist, davon kann nicht plötzlich der wesentlichste Teil auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden. Denn darum, um eine grundsätzliche Wenderung, nicht bloß um eine taktische Schwenkung handelt es sich in diesen Dingen. Der Sozialismus kann aus seinem Wesen heraus diese Wenderung nicht zugeben oder gar mitmachen. Das beweist zunächst die Erfahrung in England. Dort will der Sozialismus die Verbindung der Arbeiterpartei mit den übrigen Parteien unter allen Umständen zerreißen und die praktischen Erfolge preisgeben, weil diese die Arbeiter vom Sozialismus abdrängen. Das beweist dann das Echo, welches die neueren Tendenzen im deutschen Sozialismus selbst finden. Zur selben Zeit, wo die Friedensklänge ertönen, beschließt die politisch-organisierte Berliner Sozialdemokratie die Sammlung eines Massenstreikfonds. Und die radikale sozialdemokratische Parteipresse begrüßt den Beschluß leidenschaftlich, weil nun endlich Laten die jahrelangen Diskussionen ersetzen würden. Flugs folgt natürlich auch die Rehrseite: Die Scharfmacher führen einen neuen Ansturm auf die preussische Staatsregierung aus, damit sie „alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln“ treffe. Stellt man alle diese Erscheinungen einander gegenüber, dann hat man ein Bild sowohl von der inneren Zerfahrenheit des Sozialismus, als davon, woher die Schwierigkeiten der deutschen Arbeiterbewegung stammen — man hat aber auch den besten Beweis dafür, welche eine *verhängnisvolle Illusion* es sein würde, auf eine Befehrung des deutschen Sozialismus in absehbarer Zeit zu bauen.

Davor sollte, neben der Einsicht von der inneren Zerfahrenheit des Sozialismus, auch die Beobachtung bewahren, daß bis in die leitenden sozialistischen Gewerkschaftskreise hinein der Mut der Konsequenz aus der besseren Erkenntnis fehlt. Und nicht allein das: es werden von ihnen selbst dem alten Klassenkampfprinzip doch immer wieder Konzessionen gemacht. Insbesondere dann, wenn es auf den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften ankommt. Das hat sich mit zuzufügen brutaler Deutlichkeit bei den Begleiterscheinungen des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager ergeben. Diesen widerwärtigen Streit suchte die Sozialdemokratie zu benutzen, um zu einem großen Schläge gegen die christlichen Gewerkschaften auszuholen. Eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen erhoben gegen christliche Gewerkschaftsführer die

größten und massivsten Angriffe. Als sie dieserhalb verklagt wurden und für ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen sollten, blieb von letzteren nichts übrig, als gewaltsam konstruierte Räubergeschichten. Die Angreifer waren selbst schon vor dem Prozeß ihrer Sache sehr unsicher und suchten deshalb den Prozeß auf ein ganz anderes Geleise zu schieben, als es in den ursprünglichen Behauptungen begründet war. Sie bemühten sich nunmehr um den Nachweis, daß im Rahmen katholisch-kirchlicher Gesinnung eine ersprießliche Gewerkschaftsarbeit garnicht möglich sei. Eine solche könne es nur auf dem Boden des sozialdem. Klassenkampfprinzips geben. Weil aber dieses Prinzip in den Ländern mit starker und einflußreicher Arbeiterbewegung (Amerika, England und Australien) noch nicht anerkannt ist, suchen die sozialdemokratischen Gewerkschaftler Deutschlands mit großer Ausdauer die diesem Prinzip entgegenstehenden Auffassungen und Einrichtungen international mit Nachdruck zu bekämpfen. In England und den Verein. Staaten von Nordamerika giebt es keine christl. Gewerkschaften. Dort gehören die gläubigen Katholiken und Evangelischen den allgemeinen Trade Unions an, die sich seither im allgemeinen von sozialistischen Einflüssen frei gehalten haben und sich ihnen zum Teil sogar sehr energisch widersetzten. So oft man in den letzten Jahren in England und Amerika sozialistische Bestrebungen mit der Gewerkschaftstätigkeit zu verquicken suchte, haben die christlichen Arbeiter der betreffenden Länder auf allgemeinen Kongressen sich dem mit Nachdruck widersetzt. Aus diesen Gründen sind denn auch in den letzten Jahren manche strittige Fragen (Schulfragen etc.) auf den Kongressen der Trade Unions Englands nicht mehr zur Verhandlung gelangt. Und ebenso haben die christlich gesinnten Arbeiter in Amerika die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie, die in auffälliger Aufeinanderfolge eine Reihe von Rednern abwechselnd zu Vortragstouren dorthin delegierte (Liebknecht, Scheidemann, Legien, Frank), aufmerksam verfolgt und die damit verknüpften Pläne offen und entschieden bekämpft. Der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands ist zugleich das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angegliedert. Der Gewerkschaftsstreit in Deutschland war nun der Anlaß, den die sozialistische Gewerkschaftsleitung für geeignet hielt, den Arbeitern in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Unvereinbarkeit von katholisch-kirchlicher Gesinnung mit einer ersprießlichen Gewerkschaftsarbeit darzutun. Der sozialdemokratische Abgeordnete Erdmann wurde eigens mit der Abfassung einer Broschüre beauftragt, die in England und Amerika massenhaft verbreitet wurde. Auch die in Berlin erscheinende internationale Gewerkschaftsrevue beschäftigte sich in ihrem englischen Text sehr reichlich mit den christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Kölner Gewerkschaftskongreß sollte den Schlußstein bilden zu all diesen Bemühungen, den angeblich wesenstwendigen Widerspruch zwischen katholisch-kirchlicher Gesinnung und zielklarer Gewerkschaftsarbeit zu erweisen. Er wurde aber zum Sturmwind, der das ganze mühsam zusammengebaute Kartenhaus über den Haufen blies. Die weittragende Bedeutung dieses Prozesses liegt danach auf der Hand. Ebenso aber auch die Wichtigkeit der durch ihn herbeigeführten Klärung.

Anfangs des Jahres 1914 glaubten manche Kreise, der Gewerkschaftsstreit würde in Deutschland nochmals aufleben. Die christlichen Gewerkschaften haben gelegentlich der neueren Auseinandersetzungen eine angemessene *Distanz* gewahrt. Sie haben bei früheren Anlässen klar und deutlich gesagt, wie die christlichen Gewerkschaftsorganisationen

nach der grundsätzlichen Seite zu bewerten seien und daß die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften genau so beurteilt werden müsse, wie die der anderen Organisationen mit wirtschaftlichen Zwecken. Sie hatten daher Neues nicht vorzubringen und haben sich auch nicht erneut beunruhigen lassen.

Die „Vorbern“, welche sich die Sozialdemokratie im Kölner Gewerkschaftsprozess als theologischer Sachwalter der christlichen Arbeiterchaft geholt hat, ließen anderen Kreisen keine Ruhe; sie warfen sich zu Beauftragten einer Inquisition über die nationale Vollgültigkeit der christlichen Gewerkschaften auf. Das Ergebnis war die Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften als unchristlich und antinational. Was diese Vorwürfe anbelangt, so ist eine breite Auseinandersetzung darüber völlig zwecklos. Es wird immer Leute geben, namentlich unter den Besizhenden, die bei dem Kampf der Gewerkschaften um den angemessenen Anteil am Produktionsertrag die Unternehmerinteressen mit den Interessen des Christentums und der Nation verwechseln. Zweierlei ist dabei aber außerordentlich bezeichnend. Erstens, daß die gleichen Leute, die unter Vorgabe allerhand sogenannter höherer Rücksichten geheim und öffentlich die Gelben protegieren, sich mit Händen und Füßen gegen die Einführung von Schieds- und Einigungsinstanzen zur Läuterung und Einschränkung der gewerblichen Kämpfe sträuben. Das leidet ihr Autoritätsempfinden nicht, wobei sie wiederum vielfach das Autoritätsprinzip mit der Sorge der Unternehmer um die Aufrechterhaltung ihrer unbeschränkten Herrschaft über Betrieb und Arbeiterchaft verwechseln. Wer anders denkt, schmeichelt angeblich den Massen, mag er noch so sehr sich um das Verantwortlichkeitsgefühl in den Arbeitern, das nur auf einer höheren Stufe der Erziehung sich entfalten kann, bemühen. Zweitens verschließen sich die gleichen Leute geflissentlich der Erkenntnis, daß die freie, unabhängige Organisation der Arbeiter ein Bedürfnis ist, sowohl im Interesse der Arbeiter selbst, als in demjenigen der Volkswirtschaft und ferner, daß der den gelben Werkvereinen von ihren Gönnern und Förderern bewußt aufgedrängte charakterlose Zustand geradezu zur Sozialdem. hinführt, anstatt ihr entgegenzuwirken. Das industrielle Arbeitsverhältnis mit seiner steigenden Arbeitsteilung vereinsamt den Arbeiter und gibt ihm ein Schwächegefühl, für das es eines Gegengewichts bedarf, wenn nicht dumpfe Verzweiflung einen großen Teil der Arbeiterchaft körperlich und geistig der Entartung zuführen oder aber zu Verzweiflungstaten treiben soll. Die freie Arbeiterorganisation, die dem Arbeiter Selbstgefühl und Selbstachtung gibt, ihn über seinen engen Gesichtskreis hinausführt und zum Glied eines mitgestaltenden Faktors macht, ist ein solches Gegengewicht. Sie weckt in ihm die Initiative, deren es bei unseren eigenartigen Weltmarktverhältnissen so dringend bedarf. Nur auf diesem Boden kann es zu jener *positiv* (in sozialem, staatsbürgerlichem und volkswirtschaftlichem Sinn) gerichteten Arbeiterbewegung kommen, die der *negativ* gerichteten sozialdemokratischen Bewegung standzuhalten vermag. Der gelbe Arbeiter dagegen, zur Gedanklosigkeit, wenn nicht gar zu egoistischer Denkweise erzogen, knickt vor der ernstlich an ihn herankommenden sozialdemokratischen Agitation zusammen; er schlägt sich zur großen Masse, wenn Schwierigkeiten auftauchen. Wir haben es immer betont: die Förderer der gelben Bewegung säen einzig und allein für eine spätere sozialdemokratische Ernte. Wären sie in dieser Beziehung genau so hellhörig, wie betreffs der sogenannten Kampfgewerkschaften und namentlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung, dann könnten sie ihr blaues Wunder erleben. Denn mit der nationalen Zuberlässigkeit beispielsweise der gehätschelten Gelben ist

es gar nicht weit her. Die Berliner Werkvereine nehmen bereits Sozialdemokraten als Mitglieder auf, während die Kruppschen Gelben bei der letzten Reichstags-Stichwahl nachweisbar stramm sozialdemokratisch gewählt haben. In der in dieser Beziehung gewiß unverdächtigen „Neuen Zeit“ (Nr. 12/1914) sagt erst neuerdings der sozialistische Gewerkschaftsbeamte Winnig von den gelben Arbeitern: „Sie sind zum guten Teil, ich glaube sogar in ihrer Mehrheit, von der Verderblichkeit und Verwerflichkeit der gelben Vereine überzeugt. Es ist doch in dieser Hinsicht sehr bezeichnend, daß viele gelb organisierte Arbeiter bei den öffentlichen Wahlen sozialdemokratisch stimmen. Man prüfe daraufhin die Wahlergebnisse in Magdeburg, in Berlin oder anderen Sitzen gelber Organisationen: ein erheblicher Teil dieser vergewaltigten Arbeiter gehört innerlich zu uns; viele davon sind, wie man es nennt: Blutapfelsinen — außen gelb und innen rot.“ Wann tritt die gegenüber den christlichen Gewerkschaften übliche hochnotpeinliche religiöse und nationale Inquisition einmal auf dem Gebiete der gelben Vereinstätigkeit und ihrer Folgen in Tätigkeit? Aber da steckt man bis in die Spitzen der preussischen Regierung hinein gebliffentlich den Kopf in den Sand. Wie lange noch?

Die christlichen Gewerkschaften brauchen ihre nationale Zuberlässigkeit nicht erst laut zu beteuern. Sie können sich damit begnügen, im sichern Bewußtsein, unter den schwierigsten Umständen ihre Pflicht erfüllt zu haben, auf ihre Taten zu verweisen. Nur einige Daten: Als nach der Reichsfinanzreform von 1909 die Sozialdemokratie eine schamlose Steuerhege inszenierte, waren es christliche Arbeiterführer, die sich ihr in Versammlungen entgegenstellten und den Nachweis führten, daß mit den agitatorischen Steuerrezepten der Sozialdemokratie nirgends Steuerpolitik gemacht werden kann; als gelegentlich des Marokkokonfliktes von 1911 sozialdemokratische Führer für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich den politischen Massenstreik durchgeführt wissen wollten, waren es christliche Arbeiterführer, die dieses Treiben mit allem Nachdruck brandmarkten und es aufs schärfste zurückwiesen; als bei Verabschiedung der Reichsversicherungordnung in 1911 die Sozialdemokratie Forderungen aufstellte, die eine Mehrausgabe von zwei Milliarden Mark jährlich notwendig gemacht hätten, waren es christliche Arbeiterführer, die in Massenversammlungen auseinandersetzen, daß der deutschen Volkswirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf unmöglich solche Lasten aufgebürdet werden könnten. In dem Doppeljubiläumsjahr 1913 ist von keiner anderen Stelle die Bedeutung des Erwachens des nationalen Gedankes in 1813 den deutschen Arbeitern so nahe gebracht worden, als von den christlichen Gewerkschaften. Von keiner anderen Stelle ist den christlichen Arbeitermassen in dem gleichen Jahre Deutschlands Wirtschaftsentwicklung während der fünfundschwanzigjährigen Regierungszeit Wilhelm II. und das Verständnis für den monarchischen Staatsgedanken in ähnlichem Umfange vermittelt worden, als das von den christlichen Gewerkschaften in zahllosen Versammlungen geschehen ist.

Was will es demgegenüber besagen, wenn großindustrielle, großagrарische und gubernalmentale Kreise den Gelben einzig und allein nationale Zuberlässigkeit andichten, während diese Gelben zum Teil in Wirklichkeit, infolge ihrer sozialdemokratischen Gesinnung, das vor ihnen hergetragene nationale Banner innerlich verfluchen! —

Es gibt keine Bewegung, die in den letzten Jahren so stark im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gestanden hat, wie die christlichen Gewerkschaften. Die Schuld lag nicht an den christlichen Gewerkschaften, die lediglich in Ruhe ihrer praktischen Arbeit obliegen zu können wünschen. Vielmehr waren es fast immer feindselige Motive, die von

dritter Seite herangezogen wurden, um die christlichen Gewerkschaften in öffentlichen Kämpfen aufzureiben und von ihrer praktischen Tätigkeit abzu ziehen. Gält man sich das vor Augen, dann kann das Urteil über ihre seitherige Entwicklung nur dahin lauten: sie haben den Beweis geliefert, daß auch das fanatischste Bemühen an ihnen zerschellen muß. Die Kämpfe werden auch in Zukunft nicht fehlen. Heute aber steht ihnen die christliche Arbeiterschaft nicht nur entschlossen, sondern auch mit Erfahrung und in stetiger Kampfbereitschaft gegenüber. Nur erfordert die besondere Stellung unserer Bewegung mehr wie je das Aufgebot aller verfügbaren Kräfte zur Stärkung unserer Reihen. Nicht rückwärts auf die überstandenen Kämpfe darf der Blick gerichtet sein, sondern vorwärts auf die äußerste Sammlung der christlichen Arbeiterschaft. Zu Hunderttausenden noch stehen sie beiseite. Eine Entschuldigung wegen ihrer abwartenden Haltung haben sie nicht mehr, nachdem auf allen Gebieten die Verhältnisse in jeder Weise geklärt sind. An sie müssen wir in nächster Zeit heran. Es darf nicht geraftet werden, bis sie ihre Pflicht erkannt haben und entschlossen in unsere Reihen treten. Da muß das Schwergewicht unserer Tätigkeit liegen.

Eine ernste Mahnung.

In den Tagen vom 15. bis 17. Juni fand in Köln der 4. deutsche Städtetag statt. Diesem gehören zurzeit 187 Städte mit über 25 000 Einwohnern und 11 Städteverbände an und vertritt so eine Einwohnerschaft von 25 Millionen Menschen. Gewiß eine bedeutame Organisation. Der deutsche Städtetag findet nur alle drei Jahre statt und nimmt daher nur zu besonders wichtigen aktuellen Fragen Stellung. So auch diesmal. Es wurde u. a. behandelt die Frage des städtischen „Realkredits“ und der „gemischt wirtschaftlichen Betriebe“. Letztere Frage hat für die städtischen Arbeiter eine besondere Bedeutung, weshalb wir sie in einem eigenen Artikel behandeln. In unserem Organ haben wir bereits früher verschiedentlich diese Frage besprochen.) An dieser Stelle wollen wir uns nur mit der markanten Ansprache befassen, mit der der Vorsitzende des deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Wermuth-Berlin, die Tagung eröffnete. Er sagte:

„ Wir dürfen und wollen uns nicht verhehlen, daß die Gesetzgebung nicht nur im Reiche, sondern recht merkbar auch in den maßgebenden Bundesstaaten den Städten zurzeit nicht hold ist. Unsere Interessen sind fast immer in die mühsame Abwehr gedrängt und wenn ja Wohlwollen und Verständnis eine Aktion nicht zu Ungunsten der Städte oder gar zu ihren Gunsten beginnt, so wandelt diese im weiteren Verlauf ihr Anflitz häufig dermaßen, daß man wünschen möchte, sie wäre ganz unterblieben“

Nedner wies dann hin auf die zahlenmäßige Bedeutung des deutschen Städtetages, der wohl die größte Korporation des Reiches, wenn nicht aller Länder sei und fuhr dann fort:

„ Aber daß unser Einfluß dieser äußeren Zahl entspricht, das sollen wir erst noch erreichen. Wir können es durch verstärkte Schlagfertigkeit und Rührigkeit, welche auch nachholt, was vielleicht zeitweise verabsäumt und zurückgelassen ist. Wir können es dadurch, daß wir eine geschlossene Masse bilden, die beim Anprall zusammenhält, in der der eine für den anderen, und dann auch wieder der andere für den einen einsteht. . . .“

Nachdem Oberbürgermeister Wermuth dann die zur Beratung stehenden Punkte kurz erläutert, schloß er seine bedeutame Rede mit den Worten:

„Meine Herren, lassen sie es mich noch einmal sagen: Wir bedürfen dringend der gemeinsamen Arbeit

und der Einhelligkeit des Sinnes. Sich drücke sich aus nicht nur in seltenen Zusammenkünften, sondern in dauerndem festgeschlossenen, sturmgeprüften und sturmbereiten Zusammenhalt. Sie sei getragen von dem Bewußtsein, daß unsere Organisation alle Teile unseres deutschen Vaterlandes mit gleicher Liebe und gleichem Interesse umfaßt, und daß deshalb auch unsere Beratungen die Einheit und Größe des ganzen deutschen Reiches widerspiegeln müssen und werden.“

Wir Gemeindeglieder können uns über diese ernste Mahnung zu treuem, engem Zusammenhalt und Zusammenarbeit nur freuen. Wir möchten von ganzem Herzen wünschen, daß sie allüberall befolgt würde. Denn die Vertretung der städtischen Interessen gegenüber den Behörden und Parlamenten erfordert das dringend.

Die gleiche Mahnung richten wir aber auch an alle Gemeindeglieder und Straßenbahner. Sie mögen die Rede des Berliner Oberbürgermeisters ebenfalls recht beherzigen. Denn wahrlich, so notwendig der enge Zusammenschluß für die Städte, so notwendig, ja noch notwendiger ist er für die städtischen Arbeiter und Straßenbahner. Das ist eine unumstößliche Tatsache. Denn der einzelne Arbeiter ist nicht imstande, seine Interessen gegenüber den Verwaltungen zu vertreten. Das kann auch nur durch den Verband geschehen. Darum muß es auch jeder städtische Arbeiter und Straßenbahner für seine Pflicht halten, Mitglied des Verbandes zu sein.

Da die Städte so energisch die Notwendigkeit des Zusammenschlusses betonen, so darf man wohl erwarten, daß die noch bei einzelnen Stadtverwaltungen vorhandene Abneigung gegen den gewerkschaftlichen Zusammenschluß ihrer Arbeiter und Angestellten auch bald verschwinden wird. Es paßt doch wie die Faust aufs Auge, wenn die Städte bis zum Äußersten die Macht der Vereinigung für sich ausnutzen, ihren Arbeitern aber das Recht, sich zu koalieren, strikte verweigern, wie es leider noch in W. Gladbach der Fall ist, oder zur Abwehr gegen die gewerkschaftliche Organisation lokale Vereinigungen unterstützen, die in ihrem innersten Wesen nichts anderes sind als „gelbe“ Gebilde. Wir benutzen daher die Gelegenheit, um an das Gerechtigkeitsgefühl der Stadtverwaltungen zu appellieren, auf daß sie ihren Arbeitern nicht die Rechte vorenthalten, die sie für sich in ausgedehntester Maße in Anspruch nehmen.

Und noch ein weiteres kommt hier in Betracht. Das Ziel der gewerkschaftlichen Organisation ist die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber. Sie muß ihren Ausdruck finden in der gemeinsamen Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, im Abschluß von Tarifverträgen. So sehr sich manche Städte erfreulicherweise um das Zustandekommen solcher Tarifverträge bemühen, wenn es sich um private Gewerbebetriebe handelt, so wenig können sie sich an den Gedanken gewöhnen, auch mit ihren Arbeitern Tarifverträge zu schließen. (Das Gleiche ist ja von den meisten Straßenbahnverwaltungen zu sagen.) Das ist ein Widerspruch, dessen Lösung den Städten wirklich nicht zur Unehre gereichen würde. Heute liegen die Dinge vielfach so, daß die in den Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten und ihre Organisation den Städten gegenüber die gleiche Lage erheben müssen über mangelnde Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen, wie es Oberbürgermeister Wermuth mit Bezug auf die Gesetzgebung im Reich und den Bundesstaaten getan hat.

So wie er diesenthalb zum engsten Zusammenschluß aufforderte, um diesen Widerstand zu überwinden, müssen auch wir die ernste Mahnung an unsere Kollegen und alle städtischen Arbeiter richten, auf die möglichste Stärkung unseres

Verbandes bedacht zu sein. Unser Streben, das Los der Gemeindeglieder und Straßenbahner möglichst erträglich zu gestalten, ihnen den berechtigten Anteil an den steigenden wirtschaftlichen und iduellen Kulturgütern zu verschaffen, wollen wir als christliche Arbeiterorganisation nicht auf dem Boden des Klassenkampfes und der sozialdemokratischen Weltanschauung, sondern auf dem Boden der bestehenden Ordnung und der christlichen Weltanschauung erreichen und verwirklichen. Nicht auf dem Wege des Kampfes, sondern auf dem Wege friedlicher Verständigung. Aber auch dafür gilt das Wort: „Wer den Frieden will, der rüste zum Kriege.“

Soziale Bilder aus Danzig.

Danzig, die Hauptstadt der Provinz Westpreußen, hat eine ruhmreiche Vergangenheit. Davon zeugen besonders viele Baudenkmäler aus alter Zeit. Die Marienkirche, die fünftgrößte Kirche der Welt, die Katharinenkirche mit dem größten Glockenspiel, das existiert; das Zeughaus; der Artushof, der als Börse dient; das alte Krantor, allwo noch die Treträder zu sehen sind, die in früherer Zeit durch Gefangene in Bewegung gesetzt wurden, Schlüterhaus und Uphagenhaus und manche andere kirchliche und profane Bauten, Künden vom Glanz vergangener Tage. Daneben weisen zahlreiche große moderne Bauten der Regierung, der Justiz, der Eisenbahn, des Militärs und der Zivilverwaltung auf die neuzeitliche Bedeutung der Stadt hin. Die günstige Lage derselben am Ausfluß der Weichsel machten sie schon frühzeitig zu einer angesehenen Handelsstadt. Dieser Charakter ist ihr auch heute noch überwiegend eigen. Doch hat auch die Industrie hier eine Heimstätte gefunden. Vor allem natürlich die Schiffsindustrie. Neben der Kaiserlichen Werft, die 3500 bis 4000 Personen beschäftigt, liegt die Schichauwerft, deren Hauptsitz in Elbing ist, eine Waggonfabrik u. a. m. Zurzeit zählt Danzig 170 000 Einwohner.

Die christliche Arbeiterbewegung hat sich hier im Laufe der Zeit eine günstige Position geschaffen. Bauarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Metallarbeiter haben Bezirks- bzw. Lokalsekretariate. Ebenso besteht ein katholisches Arbeitersekretariat. Für die Bauarbeiter und Holzarbeiter sind die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. In den sozialen Institutionen haben die christlichen Arbeiter sich eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung verschafft. Auch sitzen zwei ihrer Vertreter im Stadtverordnetenkollegium.

Die wirtschaftliche Lage der Danziger Arbeiterschaft wird durch hohe Lebensmittelpreise, vor allem aber durch teure Wohnungsmieten ungünstig beeinflusst. Daher kommt es auch, daß vielfach mit ganz unzureichenden Wohnungen vorlieb genommen werden muß, wobei die meist niedrigen Löhne eine große Rolle spielen. Beträgt doch der Ortslohn (ortsüblicher Tagelohn) nur 3 Mk., und gibt es zahllose Arbeiter, die nicht mehr als diesen Lohn, teils sogar noch weniger verdienen. (Das ist leider auch bei den städtischen Arbeitern der Fall.) Da braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn man sogar an Sonntagen zahlreiche Kinder bei nassem Wetter barfuß durch die schmutzigen Straßen stapfen sieht. Ein Anblick allerdings, der einem empfindenden Menschen in die Seele schneidet. Wahrlich, hier hat die Gewerkschaftsbewegung noch gewaltige Aufgaben zu erfüllen, um den Arbeitern eine größere Anteilnahme am Kulturfortschritt zu ermöglichen. Das wird noch großer Anstrengungen bedürfen; einmal gegenüber den Unternehmern, um sie zur Zahlung besserer Löhne zu bewegen, zum andern gegenüber den Arbeitern selbst, um sie von ihrem sträflichen Indifferentismus zu befreien. Darüber täuschen

wir uns nicht. Würden heute die Danziger Arbeiter in ihrer Mehrheit organisiert sein, so stände es besser um sie. Das darf ohne weiteres auch von den in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeitern gesagt werden. Die städtischen Betriebe umfassen Gas-, Elektrizitäts-, Wasserwerke, Straßenreinigung und Müllbeseitigung, Tiefbauamt, Schlacht- und Viehhof, Markthallen, Gartenbau. Dagegen ist die Straßenbahn im Besitz einer Aktiengesellschaft. Die Zahl der städtischen Arbeiter dürfte etwa 600 betragen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen noch manches zu wünschen übrig. Die Löhne stehen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit und den teuren Lebensverhältnissen. Bei der Straßenreinigung und Müllbeseitigung ist ja kürzlich, ab 1. April auf unsere Eingabe hin, eine Lohnerhöhung erfolgt. Sie beträgt 4 bis 11 Mark pro Monat und Kopf. Die Lohn- und Tafel sieht so aus:

Früher:		Jetzt:		
1.—5. Dienstjahr	83 M.	bis zum 5. Dienstjahre	87 M.	
5. u. mehr	86 "	nach vollend. 5. "	92 "	
		" "	8. "	97 "

Nun hat vordem die Verwaltung die Krankenkassenbeiträge ganz bezahlt. Jetzt müssen die Arbeiter aber ihr Teil selbst tragen, sodaß ein Teil der Lohnerhöhung wieder wettgemacht ist, was gerade die Leute auf der untersten Stufe am meisten trifft. Im Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerk und beim Tiefbau erhalten die Erdarbeiter Löhne von 30 bis 34 Pfg. die Stunde. Letzteren Lohn haben aber nur einige, die mehr als 10 Jahre beschäftigt sind. Auch die Schladenarbeiter am Elektrizitätswerk beziehen 30 Pfg. Stundenlohn. Von der Art dieser Arbeit kann man sich kaum einen Begriff machen. Wir wollen sie hier kurz schildern. Im Kesselhause liegen sechs große Dampfkessel nebeneinander. Die Feuerung erfolgt automatisch durch große Trichter, die von Arbeitern gefüllt werden. Die Kohle fällt auf einen sich langsam vorwärts, oder hin und her bewegenden Feuerrost. Die Asche fällt in Vertiefungen, die 1 bis 1 1/2 m unter dem Fußboden liegen. Damit sie entfernt werden kann, ist ein besonderer Stollen angelegt, der sich unter der Kesselanlage in ihrer ganzen Länge nach hinzieht. Der Stollen besitzt eine Höhe von etwa 1,60 bis 1,90 Meter und ist von einem Schienenstrang durchzogen, auf dem die kleinen Wagen mit der ausgezogenen Asche transportiert werden. In diesem Stollen, der oft genug bis zu 1 Fuß hoch mit Wasser gefüllt ist, (Der Fußboden des Stollens liegt unter dem Hochwasserspiegel der Weichsel.) müssen die Schladen ihre Arbeit verrichten. Aufrecht zu stehen ist unmöglich. Den ganzen langen Tag oder Nacht muß in gebückter Haltung gearbeitet werden in diesem engen, lichtlosen, hitze- und staubgeschwängerten Raum. Eine Sklavenarbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Diese Stollenanlage im Kesselhause des Danziger Elektrizitätswerkes ist ein blutiger Lohn auf unsere so stark auf den technischen und kulturellen Fortschritt pochende Zeit. Man fragt sich staunend, wie konnte eine derartige Anlage überhaupt die behördliche Genehmigung finden? Und wie kann man es verantworten, für diese Arbeit ganze 30 bis höchstens 34 Pfennig Stundenlohn zu zahlen? Doch werden, wie gesagt, auch in anderen Betrieben solch niedrige Löhne gezahlt. So an die Erdarbeiter, Kabelleger und Hilfsheizer des Elektrizitätswerkes. Beim Wasserwerk erhalten die Erdarbeiter 33 bis 38 Pfennig pro Stunde. Darunter befinden sich Leute, die 20 Jahre im Dienst stehen. Während das Elektrizitätswerk seinen Außenarbeitern wasserdichte Schutzkleider liefert, ist das beim Wasserwerk nicht der Fall. Ebenso fehlen hier jegliche Schutzzelte. Neuerdings ist diesen Ar-

beitern ein Unterkunftsraum angewiesen worden, der unter dem Gasometer liegt. Dieser Raum dient auch zur Aufbewahrung von Arbeitsgeräten. Während in den übrigen Betrieben an Wohnungstagen und am Sonnabend eine Stunde früher Schluß gemacht wird, muß beim Wasserwerk wie an allen anderen Tagen 10 Stunden gearbeitet werden. Die Ueberstundenbezahlung, die Urlaubsgewährung, die Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung sind, das trifft für alle Betriebe zu, ebenfalls noch sehr reformbedürftig. In den Reihen der städtischen Arbeiterschaft bricht sich immer stärker der Gedanke Bahn, daß mit Sammeln und Klagen keine besseren Verhältnisse geschaffen werden, sondern daß es in erster Linie notwendig ist, selbst Hand ans Werk zu legen.. Je einmütiger und geschlossener die Kollegen sich unserem Verbands anschließen, umso besser werden sich die sozialen Reformen erzielen und durchführen lassen.

Aus unseren Berufen.

Eine Neuregelung in Heidelberg. Bei der diesjährigen Etatsberatung wurde beantragt: 1. die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden für alle städtischen Arbeiter herabzusetzen, 2. die Mittagspause von 1 1/4 auf 1 1/2 Stunde zu verlängern, 3. die Anfangs- und Endlöhne für die einzelnen gleichartigen Berufe und Kategorien in allen Betrieben gleichzustellen und die Bezahlung der Feiertage gleichmäßig zu gestalten, 4. die Entfernungszulagen von 50 auf 70 Pfg. pro Tag zu erhöhen, 5. den Arbeitern des Hochbauamtes ebenfalls Tagelohn statt Stundenlohn zu gewähren, 6. Für sämtliche städtischen Betriebe Arbeitsordnungen zu erlassen.

Diese Anträge, mit Ausnahme der Entfernungszulagen wurden von den Stadtverordneten fast einstimmig angenommen und der zuständigen Kommission zur Vorprüfung von Personalangelegenheiten überwiesen. Die Kommission faßte am 11. Mai folgenden Beschluß:

1. Wiedereinführung des Tagelohnes für die Arbeiter des Hochbauamts.

2. Erlassung von Arbeitsordnungen für die einzelnen städtischen Betriebe nach dem Vorbild der für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie dem Betrieb des Hallenbades bestehenden Arbeitsordnung.

3. Bestellung eines eigenen Arbeiterausschusses für die Stadtgärtnerei- und die Friedhofsarbeiter. Die Schlachthausarbeiter sollen dem Ausschuß für die Abfuhranstaltsarbeiter zugewiesen werden.

4. Ausdehnung der Mittagspause auf 1 1/2 Stunden, für die Arbeiter des Tiefbauamts, des Hochbauamts, der Stadtgärtnerei des Friedhofs, des Schlacht- und Viehhofs und der städtischen Werke nebst Hallenbahn, für die Abfuhranstaltsarbeiter nur unter Aufrechterhaltung der bisherigen Dienstordnung.

5. Festsetzung gleicher Anfangs- und Höchstlöhne für die einzelnen Berufsarten und Kategorien in allen städtischen Arbeiter, auch an die Nachtwächter bei den städtischen Werken.

6. Für die Arbeiter der städtischen Werke versuchsweise Verkürzung der 10 stündigen Arbeitszeit dadurch, daß abends mit der Arbeit eine halbe Stunde früher als bisher aufgehört wird. Dagegen sollen die Frühstück- und Vesperpausen von je 20 Minuten auf je 15 Minuten verringert werden.

Der Stadtrat hat diesen Vorschlägen zugestimmt und sie bereits in Kraft gesetzt. Für die Feuerhausarbeiter im Gaswerk besteht die Nachtschicht seit April 1908, für die Schalltischwärter und Maschinisten seit Juni 1911, für

die Geizer seit März 1912. Wie sich hier die Verkürzung der Arbeitszeit bewährt hat, so wird es zweifellos auch der Fall sein bei der jetzigen Regelung in den übrigen Betrieben.

Arbeiterentlassungen. Seit Anfang Mai haben die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke in Dresden 68 Arbeiter entlassen. Andere stehen noch in Kündigung. Die Stadtverwaltung begründet dies mit Arbeitsmangel; dabei sollen jedoch umfangreiche Arbeiten an Privatunternehmer vergeben worden sein. Die Stadtverordneten, die sich mit der Begründung des Magistrats nicht zufrieden gaben, beauftragten den Rechtsausschuß mit der Angelegenheit.

Auch in diesem Falle sieht man wieder, was es mit der vielgepriesenen sicheren Stellung der städtischen Arbeiter auf sich hat.

Lohnregulierung für die städtischen Arbeiter in Regensburg. Vom Juli 1911 ab gewährte die Stadt ihren Arbeitern eine Teuerungszulage von 5 Mk. bezim. 3 Mk. pro Monat. Diese wurden bei der Neuordnung der Löhne im Jahre 1912 für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke mit in festen Lohn umgerechnet. Beim Stadtbauamt, der Stadtgärtnerei und dem Schlacht-Viehhof geschah das jedoch nicht, sondern hier wurden die alten Löhne in Ansatz gebracht. Diese unterschiedliche Behandlung ist jetzt beseitigt und daneben eine geringfügige Lohnerhöhung mit vorgenommen worden. Diese Erhöhung beträgt für die männlichen Arbeiter 3 Pfg. pro Stunde, für die weiblichen 2 Pfg., einschl. der bisherigen Teuerungszulage. Diese Regelung soll insgesamt 6000 Mk. betragen und mit Wirkung vom 1. April ds. Jahres ab erfolgen. Die Löhne der Grab- und Hofarbeiter beim Gaswerk und der Streckenarbeiter und Straßenarbeiter beim Wasserwerk werden von 30 bis 38 auf 32 bis 40 Pfg. festgesetzt.

Eine Neuregelung der Lohnverhältnisse in Bromberg wurde von der Stadtbeworbenenversammlung am 25. Juni beschlossen. Sie bringt den einzelnen Kategorien, wie Stadtv. Viehl ausführte, Lohnaufbesserungen von 10 bis 25 Prozent. Jetzt sollen die Höchstsätze bereits in 20 Jahren anstatt wie früher in 25 Jahren erreicht werden. In der Hauptsache ist Stundenlohn vorgesehen, jedoch sind auch Ausnahmen zulässig. Der Arbeitstag ist auf 10 Arbeitsstunden festgesetzt. Die Aufbesserung tritt mit der ersten Lohnperiode nach dem 1. Juli in Kraft. Die Stundenlöhne des neuen Tarifs für die einzelnen Kategorien sind folgende: Maschinisten Anfangslohn 42 Pfg., höchster Lohn 58 Pfg., Reviergärtner 42 bis 52 Pfg., Handwerker 36 bis 50 Pfg., Ofenarbeiter und Geizer 34 bis 48 Pfg., Kutsher 30 bis 36 Pfg. Arbeiter 27 bis 36 Pfg., Arbeiter der Straßenreinigungsanstalt 25 bis 34 Pfg., Arbeiterinnen 17 bis 23 Pfg.

Der neue Lohn tarif wird ohne Debatte unter Bräbroufen einstimmig angenommen.

Oberbürgermeister Mißlaff bemerkte hierzu noch folgendes: In letzter Zeit sei von auswärtiger Seite wiederholt versucht worden, die städtischen Arbeiter in eine Organisation zu bringen, und er habe den Eindruck gehabt, als ob durch diese Versuche eine gewisse Beunruhigung in die Arbeiterschaft getragen worden sei. Durch die einstimmige Annahme des neuen Lohn tarifs, der wesentliche Aufbesserungen bringe, würden die städtischen Arbeiter hoffentlich zu der Ueberzeugung kommen, daß der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium in durchaus liberaler und wohlwollender Weise für die Arbeiterschaft sorgen und diese daher nicht nötig habe, auswärts die Vertretung ihrer Interessen zu suchen.

Es ist doch merkwürdig, daß einzelne Stadtverwaltungen sich immer noch nicht an die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation gewöhnen können. Lassen sie nicht auch ihre Interessen von außerhalb vertreten durch deutsche, preußische und provinzielle Städte tage? Warum nimmt man es den Arbeitern krumm, wenn sie auch Solidarität üben?

Aus den Ortsgruppen.

Mm. Am 20. Juni fand eine Versammlung städtischer Arbeiter statt, in welcher Bezirksleiter Kollege Fakhender aus Karlsruhe einen Vortrag hielt über die Lage der städtischen Arbeiter. An Hand einer Statistik zeigte er den Kollegen, daß in unserem Verufe noch sehr vieles zu tun ist, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Einklang zu bringen mit den zum Teil sehr hohen Anforderungen, die an die städtischen Arbeiter gestellt werden. Besonders in Mm lassen die Arbeitsverhältnisse noch sehr zu wünschen übrig. Während die Feiertage in den meisten Städten voll bezahlt werden, gibt es hier nur 50 Prozent des Lohnes. Der Urlaub wird gewährt nach dem Lebensalter. So erhalten die Arbeiter vom 25. bis 35. Lebensjahre 3 Tage, vom 35. bis 40. Lebensjahre 5 Tage und über 40 Jahre 7 Tage Urlaub.

Die Löhne sind zum größten Teil sehr niedrig bemessen und erhalten die meisten Arbeiter ihren Höchstlohn erst in 16 bis 18 Jahren. Es war beantragt worden, statt nach 2 Jahren 10 Pfg. Aufbesserung zu gewähren, solche jedes Jahr eintreten zu lassen. Mit dieser durchaus berechtigten Forderung konnten sich die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht befreunden. Nach langem Hin und Her hat man sich endlich entschlossen, alle 1 1/2 Jahre den Lohn aufzubessern. Es wird Aufgabe der christlich gestimmten Kollegen sein, für die Stärkung unseres Verbandes Sorge zu tragen, nur dann wird es möglich sein, bei den Vertretern der Stadt das soziale Verständnis etwas zu wecken. Nachdem ein Kollege in den Verband aufgenommen wurde, und die Kollegen das Versprechen abgegeben hatten, nun energisch in die Agitation einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Stuttgart. (Gemeindearbeiter.) Am Sonntag, den 21. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Fakhender Karlsruhe hielt einen Vortrag über: „Gründung und Entwicklung der Gewerkschaften“. An den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion an. Weiter wurden die Arbeiterauswahlschulden besprochen und beschlossen, mit der Vorbereitung zu diesen Wahlen so bald wie möglich zu beginnen. Unsere Gegner sollen uns ständig gerüstet finden. Ein Antrag auf Einführung eines lokalen Beitrags von 5 Pfennig pro Woche wurde einstimmig angenommen, gleichzeitig aber betont, daß besucht werden soll, vom Fabrikarbeiterverband eine Abfindungssumme zu erlangen. Die hiesigen Kollegen sind der Meinung, daß sie bei der Abtrennung unseres Verbandes, vom früheren Verband nicht genügend entschädigt wurden. Zum Schluß erläuterte der Vorsitzende noch einige Unklarheiten in der Entlohnung der städt. Fuhrleute.

Eöln. (Gemeindearbeiter.) Am 26. Juni fand die Ausschuwahl beim Schlacht- und Viehhof statt. Auf die Liste unseres Verbandes fielen 98 Stimmen und 7 Vertreter, auf die Liste des roten Gemeindearbeiterverbandes 39 Stimmen, gleich 2 Vertreter. Wir können mit dem Resultat voll auf zufrieden sein. Dadurch steigt die Zahl der christlichen Ausschuwahlmitglieder in den städt. Betrieben auf 62 Vertreter. „Unsere lieben Freunde von der Severinstr.“ haben bei dieser Wahl wieder den Beweis geliefert, daß ihnen alles gelegen ist, nur nicht die Einigkeit der Arbeiterschaft. Dafür einige Beispiele. Die Kollegen vom Schlachthof beider Richtungen hatten vereinbart, kein Flugblatt heraus zu geben. Unsere Kollegen haben auch danach gehandelt. Anders die Genossen. Am Tage der Wahl erschien ein Flugblatt — (Geburtsstätte: Büro des Gemeindearb.-Verbandes, Severinstr.) das von persönlicher Gefälligkeit und Beredsamkeit strotzte. Selbst einsichtige Genossen stukten vor diesem Eitelblatt und sorgten denn auch schnell, daß keine mehr verteilt wurden. Alle die Verbesserungen, die im Laufe der Jahre durch den Einfluß der christl. Arbeiterbewegung in Eöln erzielt worden sind, bucht man stramm auf das Konto der Genossen. Ein Arbeiter meinte ganz recht, als er das Flugblatt der Genossen las, wenn diese Leute (Roten) alles gemacht haben für die städt. Arbeiter, dann sind sie müde, dann bedürfen sie der Ruhe, wir wollen mal die Schwarzen wählen. Eine ganze Anzahl, die sich direkt nicht zu unserer Bewegung bekennen, haben denn auch durch Abgabe unseres Stimmzettels das rote Flugblatt beantwortet. Ein weiterer Fall zeigt wieder, daß man sich auf die Genossen nicht verlassen kann. Nach den Ausschuwahlen hatten die Organisationsleiter im Auftrage der gewählten Ausschuwahlmitglieder ein Abkommen getroffen, wonach in den Ausschüssen, wo wir die Mehrheit hatten, den „Freien“ der 2. Obmann zugestanden wurde und umgekehrt, in den Ausschüssen, wo die „Freien“ die Mehrheit haben, uns der 2. Obmann zugestanden wurde. Ausgenommen war der Ausschuß des Friedhofes und Straßenbahn Gruppe C. Hier war es der 2. Schriftführer.

Dieses Abkommen ist von den Organisationsleitern unterschrieben und eine Abschrift jedem Ausschuwahlmitglied zugesandt worden. Das war geschähen, um den Verwaltungen zu zeigen, daß sich die Arbeiterschaft und vor allen Dingen die Arbeiterauschuwahlmitglieder einig seien. Alles hatte nun geklappt. Eine unerhörliche Ausnahme machten nur die roten Häupter beim Fuhrpark. In diesem Ausschuß verlangten nun die Genossen, obson sie in der Minderheit sind, für sich den 1. Obmann. Unsere Kollegen verwiesen nun die Leute auf das Abkommen, was aber von ihnen nicht beachtet wurde. Die Folge war, daß die Genossen leer ausgingen. Diese Strafe war verdient.

Eöln. (Schuldiener.) Am Mittwoch, den 1. Juli hielt die neugegründete Ortsgruppe ihre 1. Monatsversammlung ab. Kollege Becker referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städt. Arbeiter und Angestellten. Ausgehend von der Zeit, wo in den städt. Betrieben noch keine Organisation bestand, führte Redner den Entwicklungsgang der Verhältnisse den Versammelten vor Augen. Neben der Verkürzung der Arbeitszeit,

Gewährung von Sommerurlaub und sonstigen Verbesserungen, seien im Laufe der Jahre für die städt. Arbeiter und Angestellten über 2 Millionen Mark an Lohnaufbesserungen herausgeholt worden. Auch sei zu bemerken, daß diejenigen Gruppen, die am stärksten organisiert wären, so z. B. die Straßenbahner, immer am besten abgeschnitten hätten. Bei all den Regelungen seien die Schuldner nicht erwähnt worden. Wenn eine Regelung der Verhältnisse der Beamten vorgekommen würde, dann zähle man die Schuldner zu den Arbeitern und umgekehrt, wenn für die Arbeiter was geschähe, dann stemple man sie zu Beamten. Auch die Dienstverträge sind zweierlei, bei den älteren heißt es, „der Schuldner ist städt. Angestellter“, wogegen bei den jüngeren dieser Passus gestrichen ist. Alle Beamte und Arbeiter der Stadt Köln erhalten nach einer gewissen Zeit Urlaub unter Fortzahlung des Gehaltes oder Lohnes. Die Schuldner dagegen müssen eine Vertretung stellen. So ließe sich noch manches aufzählen, wo die Schuldner hinter der übrigen städt. Arbeiterschaft zurückständen. Sollte das in Zukunft anders werden, so hieße es festhalten an dem jetzt Begonnenen. Sie hätten erklärt, daß sie durch den Anschluß an die Organisation eins seien mit den übrigen städt. Arbeitern und wünschten auch in diesem Sinne in Zukunft behandelt zu werden. Die sehr rege verlaufene Diskussion bewies, daß der Redner die Verhältnisse richtig geschildert hatte. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende Kollege Wünnen um 12 Uhr die Versammlung.

Würzburg. Bei der Wahl zum Versicherungsamt erhielt die Liste der christlichen Gewerkschaften drei Vertreter, ebenso fielen drei auf die sozialdemokratische Liste. Unsere Ortsgruppe ist auch bei der Wahl berücksichtigt worden und wurde unser Vorsitzender, Kollege Lösch, als Beisitzer gewählt.

Mürnberg. Das Kapitel „Terrorismus“ ist den städtischen Arbeitern in Nürnberg nicht unbekannt. Mit dem verstärktem Einzuge der Sozialdemokraten in das Rathaus glaubte auch der rote Gemeindearbeiterverband das Protektorat zu haben, daß Anspruch auf Brot und Arbeit bei der Stadtverwaltung nur Sozialdemokraten haben. Demgemäß wurde auch die Agitation unter den Gemeindearbeitern betrieben. Und wer sich durch die „sozialdemokratische Aufklärung“ nicht überzeugen lassen wollte, daß der rote Verband nur der allein richtige für die Interessenvertretung der Gemeindearbeiter ist, der sollte fühlen, daß er kein gleichberechtigter Kollege ist. Der sollte mindestens den sogenannten gelinden Terrorismus verspüren, der durch Verächtlichmachung der Gesinnung anderer Kollegen, gesellschaftlicher Bohloft und wie diese Zwangsmassregeln für die Stärkung der „freien Gewerkschaften“ alle heißen, müde gemacht werden. Was Wunder, wenn heute in Nürnberg eine Anzahl Arbeiter, die konfessionellen Vereinen angehören, sonst gut christlich oder monarchisch gesinnt sind, um der lieben Ruhe Willen, stillschweigend Mitglieder des roten Verbandes sind. Die Art der Agitation scheint dem sonst sehr freiwillig gestimmten Magistrat zu weit gegangen zu sein. Deshalb sollte dem Treiben der Genossen wenigstens innerhalb der Arbeitsstätten durch folgenden Mass Einhalt geboten werden.

Warnung!

Es wurde neuerdings Veranlassung gegeben, darauf aufmerksam zu machen, daß es unstatthaft ist, innerhalb der Arbeitsstätte oder während der Arbeitszeit in irgendwelcher Weise für den Eintritt oder aus der Zugehörigkeit zu einer Organisation Vorwürfe zu machen, oder Arbeiter zu belästigen.

Es muß nach wie vor, jedem Arbeiter unbedingt überlassen bleiben, ob er sich einer Organisation anschließen will, oder nicht. Derjenige, welcher einen Arbeiter durch Drängen, Tätschlichkeiten, Verschimpfungen, Verleumdungen, durch Erschwerung der ihm obliegenden Arbeiten, oder in anderer Weise zum Eintritt in eine Organisation zwingen will, hat die Entlassung zu gewärtigen.

Dies ist den Arbeitern bekanntzugeben, sowie jedem neuangestellten Arbeiter besonders zu eröffnen.

Mürnberg, den 23. April 1914.

Der Stadtmagistrat:

gez. Dr. Gehler. Weiß.

Es muß wirklich stark betrieben worden sein mit der Agitation, wenn der sonst bei den Genossen nicht verpönte Bürgermeister Dr. Gehler die nach obigem Wortlaut verfaßte Warnung hinausgeben mußte. Die Mitglieder unseres Verbandes trifft diese Warnung nicht. Die in der roten Zwangs-gewerkschaft befindlichen Arbeiter, soweit sie mit der Sozialdemokratie nichts zu tun haben wollen, sollen aber endlich den Mut finden, die Fesseln des roten Verbandes abzuwerfen und sich einer Organisation anschließen, in der ihre religiöse oder politische Gesinnung respektiert wird. Das kann nur unser Verband sein.

Bonn. Die armen Genossen sind mal wieder durch die „Unwahrhaftigkeit“ der Christen in ihrer traditionellen „Wahrheitsliebe“ bitter gekränkt worden. Unterliegt sich da so ein schwarzer

Artikelschreiber in Nr. 13 des „Gemeindearbeiter“ den Satz anzuwenden: „Nachdem nunmehr sämtliche Ausschüsse durch organisierte Kollegen besetzt sind, usw. In Wirklichkeit hätte es heißen müssen: „Nachdem nun sämtliche Ausschüsse durch christl. organ. Kollegen vertreten sind, usw.“ Der Artikelschreiber wollte lediglich darauf hinweisen, daß in sämtlichen Ausschüssen christliche Vertreter vorhanden sind. Daraus macht man uns den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit. Die Herren Genossen sind doch „konsequente“ Kerls. Im selben Artikel, in dem sie uns der Unwahrheit bezichtigen wollen, gehen sie selbst ziemlich weit vom Wege der Wahrheit ab. Die Herren wissen doch wohl, daß nur im Gaswerk (Innenbetrieb) freiorganisierte Kollegen gewählt wurden, die übrigen Vertreter des Gaswerks dagegen christlich organisiert sind. Im Elektr. Werk (Innenbetrieb) wurden Unorganisierte durch die Stimmen der Genossen in den Ausschüß gebracht. Waren diese Unorganisierte tüchtiger, als die rotorganisierten Kollegen, daß man sie als Kandidaten aufstellte, oder hatte man in Wirklichkeit dort keine Mitglieder? Die übrigen Vertreter des Elektr.-Werks sind christlich organisiert. Trotzdem also durch freiorganisierte Arbeiter nur das Gaswerk, (Innenbetrieb) im Arbeiterausschüß vertreten ist, behaupten die Herren Genossen, die Ausschüsse des Gaswerks- und des Elektr.-Werks besetzt zu haben. In Wirklichkeit haben auch in den Ausschüssen dieser Betriebe die Christlichen die Majorität. „Genossen-Wahrheit.“

Wenn weiter in dem Artikel gesagt wird, es sei schmerzlich für die Christen, daß sie, die Genossen, Personen für die Ausschüsse hätten stellen können, so wird dieser Schmerz unsererseits doch etwa dadurch gelindert, daß wir sehen, daß die Genossen diese Personen nicht nur im Elektr. Werk aus den Kreisen der Unorganisierten nehmen mußten, daß sie auch am Tiefbauamt als Vertreter für die Brücke einen Unorganisierten, sogar ohne dessen Wissen auf die Kandidatenliste setzten. Auch der Schmerz darüber, daß die Genossen einen früheren Vertrauensmann von uns, jetzt zu den ihren zählen, ist noch erträglich. Nötigenfalls werden wir sogar den Betrag für nicht abgeleitete Aufnahmegebühren und nicht abgerechnete Beitragsmarken, die dieser Genosse uns noch schuldet, verschmerzen können. Wir verstehen auch, weshalb solche Leute den Stolz der Genossen bilden. Hoffentlich wird er bald Karriere machen. Unter solchen Umständen werden es unsere Kollegen begreifen, wenn wir versuchen, den uns von den Genossen angedichteten Schmerz über den Verlust dieses früheren Mitgliedes heroisch zu tragen. Den weiteren Vorwurf, wir hätten die Genossen aus unserer Versammlung hinausgewiesen, nehmen wir gleichfalls gern auf uns. Wir tragen doch nicht die Schuld daran, daß die rotorganisierten städt. Arbeiter in Bonn bei ihrem Führer Peinz so gut Schule gemacht haben. Auch er versuchte es eine Zeit lang, sich in die Besprechungen und Versammlungen der christlich organisierten Kollegen uneingeladen hineinzudrängen. Wenn wir dann von unserem guten Rechte Gebrauch machen und die Herren auffordern, uns allein zu lassen, möchten sie die Beschränkten spielen. Unsere Kollegen haben jedoch keine Lust, sich ihre Zeit mit Genossenphrasen verplempern zu lassen. Sie halten es für richtiger, in dieser Zeit praktische Arbeit zu leisten. Umso mehr aber kann diese praktische Arbeit im Interesse der gesamten städt. Arbeiter geleistet werden, je mehr Kollegen sich an dieser Arbeit beteiligen. Wollen wir, daß die Wünsche der Arbeiterschaft durch die „Arbeiterausschüsse“ und die Organisation wirksam vertreten werden, so müssen sich vor allem immer mehr städtische Arbeiter um unsere Fahne scharen.

Dingolfing. (Flußbauarbeiter.) Am Sonntag, den 5. Juli referierte in einer gut besuchten Flußbauarbeiterversammlung Kollege Aman-Landshut, über die zur Zeit schwebenden Fragen der Arbeitsordnung und der Krankenkasse. Unwillen erregte die lange Verzögerung betreffs Einberufung der gewählten Vertreter zu unserer Betriebskrankenkasse. In den verschiedenen Ämtern wisse man selber nicht, ob das alte Statut, oder das neue, welches vom Vorstand herausgegeben wurde, gelten solle. Es werde verschieden angewendet. Aber Fälle, wo der Arbeiter erst 5 Monate nach der überstandenen Krankheit sein Krankengeld erhielt, sollten doch nicht vorkommen. Im Flußbauamt Simbad sei es auch schon öfters passiert, daß Arbeiter nach Monaten erst ihr Krankengeld erhielten. Hier haben die gewählten Vertreter der Krankenkasse und des Arbeiterausschusses nach dem rechten zu sehen, wenn sie die Pflichten erfüllen wollen, welche sie durch das Vertrauen der Arbeiter übernahmen. Die Flußbauarbeiter in Dingolfing werden auch in Zukunft eben so treu zum Verbands stehen, wie bisher, das war die einstimmige Antwort auf das Schlußwort des Referenten.

Mattling. (Flußbauarbeiter.) Am 28. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine Versammlung ab. In derselben sprach Kollege Aman aus Landshut über die Anwendung der neuen Arbeitsord-

nung in den verschiedenen Bauämtern. Man müsse doch annehmen, die neue Arbeitsordnung, welche im Herbst 1913 von der inneren Staatsbauverwaltung herausgegeben wurde, sollte von grundlegender Bedeutung sein. Das ist aber nicht der Fall. Jedes Bauamt erläßt wieder neue Anordnungen. So hat das Bauamt Deggendorf eine Bekanntmachung herausgegeben über Gewährung besonderer Entschädigungen bei auswärtiger Beschäftigung. Dieselbe lautet:

Bekanntmachung. Betreff: Die Gewährung besonderer Entschädigungen bei auswärtiger Beschäftigung.

Im Vollzug des § 16 der neuen Arbeitsordnung wurde mit Ministerialentschließung vom 16. Februar 1914 Nr. 9036a/49 und Reg.-Entschl. vom 23. Februar 1914 Nr. 6684 wie folgt bestimmt:

1. Die Verwendung von Arbeitern in größerer Entfernung von ihrem Wohnort ist nur bei nachweisbarem Bedürfnis zulässig. Entschädigungen bei auswärtiger Beschäftigung können also nur denjenigen Arbeitern gewährt werden, welche ausdrücklich an solche Baustellen geschickt werden.

Die Betriebsleiter sind strengstens beauftragt, ihren Bedarf an Arbeitskräften soweit irgend möglich aus den Bewohnern in der unmittelbaren Umgebung der Baustellen zu decken.

2. Suchen Arbeiter, insbesondere solche, die auch zumeist in bauamtlichen Betrieben arbeiten, von ihrem Wohnsitz entfernt liegende Baustellen freiwillig auf, um weiterbeschäftigt zu werden bezw. Arbeitsgelegenheit zu finden, kann diesen eine Entfernungszulage unter keinen Umständen gewährt werden.

3. Für die Benutzung von Fahrrädern durch Arbeiter, welche an Baustellen geschickt werden, die mehr als 6 km vom tatsächlichen Wohnort entfernt sind, wird für jeden weiteren Kilometer des Hin- und Rückwegs — der nächste Weg gerechnet — eine Vergütung von 6 Pfennig gewährt, aber nur insoweit an Stelle des Rades nicht eine Fahrgelegenheit des allgemeinen Verkehrs (Bahn) zu Gebote steht. In letzterem Falle werden die tatsächlichen Fahrtauslagen vergütet. Bei Fahrradbenutzung bleiben die ersten 6 km sowohl beim Hin- wie beim Rückweg stets außer Berechnung. Die Radfahrgebühr kann pro Tag 1 Mark nicht übersteigen.

4. Wird der Weg von und zur Baustelle bei Entfernungen von über 6 km zu Fuß, mit Bille und dergl. zurückgelegt, wird keine Entfernungszulage gegeben. Derartige Vergütungen in Geld — wie bisher — oder ein Nachlaß an der Arbeitszeit kann für geleistete Fußmärsche zu und von der Arbeitsstelle aus dienstlichen Gründen nicht gewährt werden.

Bei einer Entfernung von über 10 km sind alle Arbeiter zum Uebernachten berechtigt. Arbeiter, welche von dieser Berechtigung Gebrauch machen, erhalten hierfür eine Zulage von 1 Mark für jedes Uebernachten.

Rehren Arbeiter trotz einer Entfernung von über 10 km doch an ihren Wohnsitz zurück, so können diesen die wirklich ausgelegten Reisekosten für Fahrgelegenheiten oder eine Radfahrgebühr nach Ziff. 3 bis zum Höchstbetrag von 1 Mark pro Tag vergütet werden.

6. Obige Bestimmungen treten mit 1. März 1914 in Kraft. Deggendorf, 28. Februar 1914.

R. Straßen- und Flußbauamt. Wiedemann.

Dieser Erlaß ist für die ständigen Arbeiter ein großer Nachteil. Das sind eben diese Klauseln, sich derjenigen Arbeiter zu entledigen, welche Ständigkeit mit 1500 Tagelöhnen erreichen, oder schon erreicht haben. Dadurch wird es eben vielen Arbeitern unmöglich gemacht, im Betriebe weiter zu arbeiten, da sie mit einem Anfangslohn von 2,90 M., weder das Uebernachten bestreiten können, oder sich ein Fahrrad mit den teuren Reparaturen halten könne. Die Arbeiterschaft in genannten Betrieben, ist in einer Aufregung über die neue Arbeitsordnung und deren Auslegung welches den, der Verhältnisse kennt, nicht wundert.

Ferner wurde auch über die Betriebskassentasse gesprochen, und darüber der Unwille zum Ausdruck gebracht, daß nach einem halben Jahr nach getätigter Wahl, noch nicht einmal die Vorstanderschaft gewählt ist. Würde sich eine Orts- oder Landkrankenkasse erlauben, in einem solchen Schneidentempo zu arbeiten, dann würde die maßgebende Behörde sicherlich gewußt haben, wo die Schrauben anzuziehen sind. Die zahlreich versammelten Flußbauarbeiter hoffen, daß mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet wird, daß die schlimmen Verhältnisse der Flußbauarbeiter in nächster Zeit geregelt werden.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Studentische Arbeiter-Unterrichtskurse. Mit August beginnen für die Hochschulfstudierenden die Herbstferien, die 2 1/2 bis 3 Monate dauern. In den letzten Jahren haben sich wäh-

rend dieser Zeit geistig regsame und sozialinteressierte Studenten in den Dienst einer Mitarbeit an der Volksbildung gestellt und in den sog. Heimatlichen Arbeiterkursen handarbeitende Volksgenossen unterrichtet. In diesen Kursen, die in der Regel zehn Abende dauern, wurden teils Wiederholungen im Rechnen, Schreiben, Deutsch, Briefstil, Lesen und ähnliche Volksschulstoffe durchgenommen, teils ging man über diese Stoffe hinaus und behandelte Gegenstände aus der Staatsbürgerkunde oder Literatur. Solche Kurse sind vom Arbeiterstandpunkte aus recht erwünscht, weil nicht wenige aus den Reihen der Arbeiter von ihren Volksschulkenntnissen recht viel vergessen haben. Andere begrüßen freudig die Gelegenheit, sich geistig anzuregen und weiter zu bilden. Die entstehenden Unkosten betragen pro Kurs 50 Pfg. Dafür erhält der Teilnehmer ein Hilfsbuch und Schreibmaterial. Die Hilfsbücher sind zu beziehen vom „Sekretariat Sozialer Studenten“, M.-Glabach, Kurzstraße 10. Wertvoll ist für die Arbeiterschaft, daß diese Kurse einen Teil der Studentenschaft, besonders solche, die dem christlichen Gewerkschaftsgedanken Verständnis entgegenbringen, in nähere Verbindung mit der Arbeiterbewegung bringt. Daraus ergibt sich gegenseitiges Kennenlernen und gegenseitige Schätzung: Die Studenten kommen zu einem bessern Verständnis der Lage der Arbeiterbevölkerung, während die Arbeiter zu einer gerechten Wertung der geistigen Arbeit gelangen. Beide Teile können bei diesen Veranstaltungen nur gewinnen und die ganze Bewegung dürfte zur Milderung der Klassengegensätze beitragen. Die christlichen Gewerkschaftsorganisationen unterstützen diese Kurse und sind zur Zeit mit den Vorarbeiten für die Heimatlichen Arbeiterkurse in den bevorstehenden Herbstferien beschäftigt.

Belohnungen für Erfinder sind in Amerika längst eingeführt. Größere Fabriken haben dort Kästen ausgehängt, in denen Beamte und Arbeiter des Werkes ihre Vorschläge über neue Maschinen, Werkzeuge und Geräte oder über Verbesserung der vorhandenen, hineinlegen. Die Vorschläge werden stets genau geprüft. Ergibt es sich, daß sie tatsächlich verwertbar sind, so wird dem betreffenden stets eine Belohnung gewährt. Auf diese Weise wird das Interesse in hohem Maße geweckt und sind schon manche wertvolle Neuerfindungen und Vervollkommnungen zuwege gebracht worden. Einzelne deutsche Firmen haben dies Beispiel bereits mit gutem Erfolg befolgt. Jetzt will auch der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Dehler, zum Zwecke der Belebung der Erfindungsfreudigkeit unter den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern und zur Sicherung der Ausnutzung vorteilhafter Erfindungen für solche Neuerungs- und Verbesserungsvorschläge, deren Verwirklichung der Stadt technische oder wirtschaftliche Vorteile bietet, den Erfindern unter Ausschluß des Rechtsanspruches Geldbelohnungen zukommen lassen, und zwar gleichviel, ob die Erfindung zum Patent oder Musterchutz angemeldet wird oder nicht. Gegenstand der Belohnung können Vorschläge zur Einführung neu erfundener oder zur Verbesserung oder Verbilligung bestehender Arbeitserzeugnisse, Arbeitsmittel, Arbeitsverfahren und Betriebsanrichtungen jeglicher Art auf wirtschaftlichem oder technischem Gebiete der Stadt sowie auch Vorschläge, zur Vereinfachung und Verbilligung des Geschäftsbetriebes sein.

Arbeiterbewegung.

Ein christlicher Gewerkschaftstag in der Deutschen Werkbund-Ausstellung.

Cöln, die rheinische Metropole, steht im Sommerhalbjahr 1914 im Zeichen der großen Werkbund-Ausstellung, der auch die Arbeiterschaft hohe Aufmerksamkeit entgegen bringt.

Die Ziele und Bestrebungen des Deutschen Werkbundes gelten der deutschen Arbeit. Sie soll verfeinert, veredelt und durchgeistigt werden; die Arbeit soll in steter Entwicklung den Charakter des Qualitätserzeugnisses annehmen und an sich fortbilden. Sacht im Material, schön in der Form, soll die deutsche Arbeit sich ihren Platz auf dem Absatzmarke erobern und dauernd erhalten. Dem deutschen Volke soll dieser angestrebte Werdegang von Industrie, Handel und Gewerbe zur nationalen Aufgabe gestempelt werden.

In dem Worte „Qualitätsarbeit“ gipfelt des Deutschen Werkbundes Programm. Seine Ausstellung soll öffentlich dokumentieren, wie weit wir auf dem Wege der Werkbundsziele schon vorangeschritten sind; sie soll Anregung und Begeisterung zu weiterem Schaffen im angeführten Sinne geben. Die Ausstellung ist, so wie sie im Schatten der Domtürme des alten, heiligen Köln dasteht, ein hochragendes Werk deutschen Könnens, deutschen Fleißes und deutscher Arbeitskraft. Aus der Erkenntnis, daß die Arbeiterschaft in erster Linie zu dem Gelingen dieses großen Werkes mitbeigetragen hat, entstand der Gedanke, einen besonderen

christlichen Gewerkschaftstag in der Deutschen Werkbund-Ausstellung zu veranstalten.

Am Sonntag, den 2. August werden die christlichen Gewerkschaftler Westdeutschlands im gastlichen Colonia zu dieser Veranstaltung zusammen strömen. Das Kölner Kartell der christlichen Gewerkschaften ladet alle Mitglieder und deren Angehörigen der näheren und weiteren Umgebung Kölns zur Teilnahme an dieser Tagung ein. Im Verein mit den Bezirks- und Ortskartellen von Rheinland und Westfalen sucht es den Tag zu einem möglichst erfolgreichen für den Werkbundgedanken zu gestalten. Mit einer großen Kundgebung christl. Gewerkschaftler im Stadion des Ausstellungsgeländes vorm. 10¹/₄ Uhr, wird die Ausstellungsbesichtigung eingeleitet. Es darf wohl bestimmt erwartet werden, daß der Einladung zahlreich und freudig Folge geleistet wird. Die Parole für den 2. August muß für die christlichen Gewerkschaftler allenthalben lauten: Auf zum Besuch der Werkbund-Ausstellung! Auf nach Köln!

Der vorbereitende Ausschuß.

„Dem Arbeiter darf es nicht gut gehen.“ In einer wirklichen Besserstellung des Arbeiters, so, daß er mit seinem Lose zufrieden ist, hat die Sozialdemokratie kein Interesse. Ihr ist das wichtigste der Klassenkampf, und der könnte ja, wenn es dem Arbeiter gut geht, leiden. — In der „Neuen Zeit“ (8/1914), dem wissenschaftlichen Organ der Sozialdemokratie, befindet sich ein Artikel, der die Bedenken der sozialdemokratischen Führer gegen das Baugenossenschaftswesen beseitigen möchte. Da steht u. a. der überaus bezeichnende Satz: „Darüber dürfte ja in der modernen Arbeiterbewegung so ziemlich Einigkeit herrschen, daß es durchaus nicht wünschenswert ist, daß Arbeiter Hauseigentümer werden.“

Warum das der Sozialdemokratie „nicht wünschenswert“ ist, das hat vor zirka zwei Jahren der „Kampf“ (Nr. 4 1912), die Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie, ausgeplaudert. Das Eigenhaus „hebt das Klasseninteresse der Arbeiter zum Teil auf oder vermindert es. Je mehr Arbeiter bodenständig und an das Haus gekettet werden, desto mehr werden dem Klassenkampf Kämpfer entzogen.“ Dem Besitz hatte als hervorstechendes Merkmal an, „das Klassenbewußtsein zu verwischen oder ganz aufzuheben“. Der Klassenkampf aber dürfe nicht verwässert werden. Wer das täte, „kann als Sozialdemokrat nicht angesehen werden.“

Sekthafte, mit ihrer Lage einigermaßen zufriedene Arbeiter sind für die verheerenden Bestrebungen der Umsturzpartei eben nicht geeignet, und deshalb soll der Arbeiter

losgelöst vom Heimatboden bleiben. Deutlicher, so bemerkt dazu treffend die „Ntd. Arb.-Ztg.“, kann die Verantwortlichkeit des sozialdemokratischen Prinzips wohl nicht gekennzeichnet werden.

Die Volksfürsorge, das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherungsunternehmen der sozialdemokratischen Bewegung, hat im ersten Jahre des Bestehens einen Ueberschuß von 52 852 Mk. gemacht. 48 300 Mk. werden davon den Gewinnanteilen der Versicherten überwiesen; der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Wie auf der am 13. Juni stattgehabten Generalversammlung mitgeteilt wurde, waren bis zum Schluß des ersten Geschäftsjahres 70 401 Anträge mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 Mk. eingelaufen. — Viel Unbehagen scheint es der „Volksfürsorge“ zu bereiten, daß sie vom Bericht ihren sozialdemokratischen Charakter beglaubigt erhielt. Um über die wenig angenehme Situation hinwegzukommen, führte man auf der Generalversammlung eine sonderbare Komödie auf. Der „Vorwärts“ Nr. 161 berichtet darüber:

„Sailer-Rudwigschafsen fragt an, ob an der in der Presse vielfach auftretenden Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der „Volksfürsorge“ beteiligt, etwas Wahres sei.

Darauf erklärt der Vorsitzende Bauer-Berlin, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Die sämtlichen Aktien seien in Händen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Korporationen und könnten nur unter Zustimmung vom Vorstand und Aufsichtsrat auf andere übertragen werden. Die sozialdemokratische Partei könne sonach keine Aktien haben und habe keine, sie sei weder finanziell, noch in anderer Weise an der „Volksfürsorge“ beteiligt. Wenn einzelne Freßhäufungen darauf Bezug nehmen, daß Herr Ebert-Berlin Mitglied des Aufsichtsrates sei, so ist demgegenüber festzustellen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Herrn Ebert nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes, sondern aus persönlichen Gründen in seiner Eigenschaft als Mitglied seiner Gewerkschaft in den Aufsichtsrat der „Volksfürsorge“ delegiert hat.“

Die Herren „Genossen“ schätzen die nichtsozialdemokratischen Arbeiter für recht dumm ein, wenn sie glauben, mit solch billigen Nebenarten den sozialdemokratischen Charakter der „Volksfürsorge“ abzuleugnen zu können.

Versammlungskalender.

Würzburg. Städt. Arbeiter. Sonntag, den 19 Juli vorm. 10 Uhr im Augustiner.



Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Daniel Raylahn, Köln.

Mathias Weiß, Köln.

Peter Crenen, Köln.

Heinrich Linden, Köln.

Ehre ihrem Andenken.

Verbandsmitglieder!

Das Verbandsorgan ist ein gutes Agitationsmittel. Werft die gelesenen Nummern nicht fort, sondern gebt sie den Unorganisierten. Klärt diese auf und strebt unablässig darnach, immer mehr neue Mitglieder zu gewinnen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Widmann; Verlag: Peter Debenbach, beide in Köln, Venloerwall 9. Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Maxstr. 9.